

 drucken

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr. TOP:	10 9
	Verhandlung	Drucksache:	1409/2013
		GZ:	KBS
Sitzungstermin:	22.01.2014		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Eisenmann		
Berichterstattung:	die Vorsitzende		
Protokollführung:	Herr Häbe pö		
Betreff:	Landwirtschaftliche Schule Hohenheim		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Kultur, Bildung und Sport vom 07.01.2014, GRDRs 1409/2013. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zur Mitteilungsvorlage GRDRs 1409/2013 führt BMin Dr. Eisenmann einfühend an, vor der Sommerpause wolle die Verwaltung dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage mit Vorschlägen dazu vorlegen, wie sie sich eine Zukunft der Landwirtschaftlichen Schule vorstellt. Es sei erforderlich, und dies mache auch die Vorlage deutlich, dass man sich mit den Realitäten vor Ort auseinandersetzt.

Momentan nutze die Landwirtschaftliche Schule u.a. Räume der Körschtalschule. Diese Räume benötige die Körschtalschule allerdings für die Ganztageschule und die Gemeinschaftsschule zum Schuljahresbeginn 2014/2015. Der Gemeinderat habe entsprechende Beschlüsse gefasst. Auf diese Räume könne die Verwaltung nicht verzichten, und auch der Stadtbezirk lege Wert auf diese Entwicklungsmöglichkeiten. Zu den Entwicklungsansätzen des Paracelsusgymnasiums sei den Fraktionen der Sachverhalt ebenfalls bekannt.

Sollte der Gemeinderat vor der Sommerpause den Verwaltungsvorschlägen nicht folgen, müsste die Verwaltung vom Gemeinderat mit Alternativen beauftragt werden. Sollte nichts unternommen werden, dies wäre für die Schule allerdings keine Alternative, würden ihr zunehmend Räume nicht mehr zur Verfügung stehen. Da es in Hohenheim keine geeigneten Ersatzräume gibt, werde sich dann die Frage, wo unterrichtet werden soll, stellen. Ihrer Vorstellung von Schulentwicklung entspreche es nicht, zuzulassen, dass sich ein solches Thema organisch erledigt. Für richtig und der Bedeutung der Landwirtschaftlichen Schule angemessen erachte sie vielmehr, pädagogische, räumliche und inhaltliche Perspektiven mit dem Ziel, die Schule zu stärken, aufzuzeigen.

Dass als beste Lösung ein Neubau gemeinsam mit dem Land angesehen wird, habe man mehrfach dargestellt. Realität sei jedoch, dass das Land aufgrund einer etwas anderen Situation seines Teils der Landwirtschaftlichen Schule diesen Weg nicht mitgeht. Der Landesteil der Schule sei auf wesentlich weniger Räume verteilt und

insbesondere würden sich diese Räume in einem sehr guten Zustand befinden. Beim Landesteil gehe es insbesondere um eine schrittweise Sanierung der Gewächshäuser. Die beiden Teile der Schule, der des Landes und der städtische, hätten also völlig verschiedene Ausgangspunkte.

Nicht zuletzt in Briefen, so BMin Dr. Eisenmann, die sich für die Landwirtschaftliche Schule einsetzen, werde unerschrocken nachgefragt, weshalb die Situation dieser Schule überhaupt als problematisch angesehen wird. Vor ca. 18 Monaten seien aber Schreiben eingegangen, in denen von einer unerträglichen Situation der Schule gesprochen wurde. Alle Fraktionen seien vor Ort gewesen, und dort zeige sich, dass Handlungsbedarf besteht. Nicht zuletzt durch die Stellungnahme des Regierungspräsidiums werde deutlich, dass man sich kurz- und mittelfristig um die Qualität der dortigen Ausbildung aufgrund der räumlichen Gesamtsituation Sorgen machen muss. Die Schule habe es verdient, eine Perspektive aufgezeigt zu bekommen.

Abschließend teilt die Vorsitzende mit, seitens des Landes gebe es keine neuen Aussagen im Hinblick auf einen Neubau. Folgerichtig müsse davon ausgegangen werden, dass sich an dem Ende vergangenen Jahres durch das Finanzministerium mitgeteilten Sachverhalt nichts geändert hat. Deshalb müsse sie sich mit der Frage beschäftigen, welche Möglichkeiten es gibt, der Schule, den Schülerinnen und Schülern, eine gute Perspektive im Bereich des beruflichen Schulwesens aufzuzeigen.

Der vorliegende Antrag "Nutzung der Hedwig-Dohm-Schule für das Abendgymnasium" wird laut BMin Dr. Eisenmann beantwortet. Bezogen auf die Räumlichkeiten der bisherigen Hedwig-Dohm-Schule bittet sie nicht zu vergessen, dass das Wirtschaftsgymnasium West (WG West) Räume benötigt. Der Gemeinderat habe diesem Gymnasium diese Räume auch zugesagt. Der Raumbedarf des WG West habe sich zwischenzeitlich noch vergrößert. Dass beide Schulen, das Abendgymnasium und das Wirtschaftsgymnasium West, in den Räumen der Hedwig-Dohm-Schule Platz finden, sei schlicht falsch. Nicht einmal die vom Abendgymnasium definierten Raumanforderungen könnten dort realisiert werden. Dies werde heute angesprochen, da das Thema Hedwig-Dohm-Schule ja auch im Zusammenhang mit der Landwirtschaftlichen Schule steht.

Zum Abendgymnasium werde die Verwaltung vorschlagen, diese Schule künftig in die Alexander-Flemming-Schule zu integrieren (Neubau des beruflichen Schulwesens auf der Prag). Dies sei das neueste und modernste Schulgebäude in der Stadt. Dort könne im Konsens mit der dortigen Schule den Raumanforderungen des Abendgymnasiums - vom Lehrerzimmer über den Verwaltungsbereich, naturwissenschaftliche Vorbereitungsräume und modern ausgestattete Unterrichtsräume - bei gleichzeitiger exzellenter ÖPNV-Anbindung - entsprochen werden. Zur Umsetzung dieses Vorschlags führe die Verwaltung bereits konkrete Gespräche. Diese Lösung stelle eine deutliche Verbesserung gegenüber der bisherigen Unterbringung des Abendgymnasiums im Eberhard-Ludwig-Gymnasium dar. Insbesondere würden damit alle einzelnen vom Abendgymnasium definierten Punkte erfüllt. Mit diesem Vorschlag werde deutlich, dass das Abendgymnasium eine

als wichtig angesehene Perspektive erhalten soll. In den nächsten Wochen würden dazu Details dargelegt.

StR Pätzold (90/GRÜNE), StRin Ripsam (CDU), StRin Wüst (SPD), StRin von Stein (FW), StR Klingler (FDP) und StR Rockenbauch (SÖS und LINKE) sprechen sich für einen Fortbestand der Landwirtschaftlichen Schule am Standort Hohenheim aus.

Dabei heben StR Pätzold, StRin Ripsam, StRin Wüst und StRin von Stein die Synergien durch das Neben- und Miteinander von dualer Aus- und Weiterbildung sowie universitärer Bildung hervor. Laut StRin Wüst zeigen Briefe der Ausbildungsbetriebe und der Fachverbände die wirtschaftliche Bedeutung des Standorts Hohenheim und die Bedeutung für eine qualitätsvolle Ausbildung auf. Hinsichtlich der Ausbildungsqualität schätzt es StR Pätzold als kritisch ein, dass Schülerinnen und Schüler vom Stuttgarter Westen zum Besuch der Gewächshäuser in das Wohngebiet Fasanenhof fahren. StRin Ripsam unterstreicht die Bedeutung des Praxisbezugs (Besuchs der Gewächshäuser), für die von der Landwirtschaftlichen Schule angebotenen Ausbildungsgänge. Nach Überzeugung von StR Pätzold und StRin Ripsam muss die Verwaltung eine Lösung für eine Konzeption der Schulräume am bisherigen Standort suchen. Die Außenstellen sind für StRin Wüst in erster Linie ein Thema der Verwaltung und erst in zweiter Linie ein Thema der Schule. In 30 Minuten könnten alle Standorte abgelaufen werden. Nicht die Schülerschaft, sondern die Lehrer müssten diese Wege zurücklegen.

Für StR Pätzold und StRin Wüst entspricht der beschriebene Zustand der Räume dem üblichen Zustand von Räumen städtischer Schulen. Im Objektsteckbrief der Schulsanierungen, so StR Pätzold, schneide das Gebäude wesentlich besser ab. Diesbezüglich und angesichts neuer Beleuchtungen und Verkabelungen in den Unterrichtsräumen meint dieser Stadtrat in der Mitteilungsvorlage eine gewisse Tendenz zu erkennen. Weiter erklärt StR Pätzold, im Bezirksrathaus benötige das Jobcenter mehr Platz, aber nur deshalb, weil das Jobcenter Degerloch nach Plieningen verlagert werden soll.

Als gravierend sieht StR Klingler die Schließung des Schulgewächshauses im Dezember 2012 an. Dabei weist er auf das für über 3 Mio. € erstellte Gewächshaus (Klimatron) hin, welches seiner Information nach halb leer steht. Für ihn steht die in der Vorlage enthaltene schlechte Prognose der Schülerzahlen im Widerspruch zu Aussagen der Fachverbände.

Für StR Pätzold hat das Regierungspräsidium seine Stellungnahme nach Aktenlage und weniger angesichts der Realitäten vor Ort gefertigt. Ebenfalls Kritik an der Stellungnahme des Regierungspräsidiums äußern StRin Ripsam und StRin Wüst.

Zur Position des Landes erklärt StRin Wüst, der landwirtschaftliche Beirat des Landtages habe Ende Dezember für den Erhalt des Standorts Hohenheim plädiert. Dieses Gremium befürworte, getragen von allen Fraktionen, weitere Gespräche mit der Stadt mit dem Ziel, dieses Kompetenzzentrum in Hohenheim zu erhalten. Zudem habe ihr der Finanzstaatssekretär, Herr Rust, mehrfach signalisiert und sie gebeten,

dieses weiterzugeben, dass das Land nach wie vor zu Gesprächen bereit ist, um mit der Stadt eine gemeinsame Lösung zu finden. StRin von Stein erachtet es als erforderlich, dass sich das Land bewegt. Problematisch sei, dass seitens des Landes gleich vier Landesministerien bei diesem Thema zuständig sind. Dass dieses Thema seitens der Stadt selbst angegangen worden ist, wird von StR Rockenbauch positiv bewertet.

StRin Wüst bittet darum, dem Antrag Nr. 1005/2013 ihrer Fraktion vom 19.12.2013 zu folgen. Sie zitiert die folgenden Antragspunkte:

- Die Verwaltung nimmt von ihren Planungen, die Landwirtschaftliche Schule Hohenheim zu verlegen, definitiv Abstand.
- Die Verwaltung stellt im 1. Quartal 2014 im Verwaltungsausschuss dar, wie sie die Situation der fünf Außenstellen mittel- und langfristig optimieren kann. Dieser Antrag habe in der GRDRs 1409/2013 keine Berücksichtigung gefunden.

StR Klingler merkt an, in Sachen Zusammenarbeit äußerten sich die Verbände kritisch. Mit den Nutzern der Schule, und dazu gehörten auch die Verbände und die Ausbildungsbetriebe, sollte bis zur Sommerpause ein gemeinsamer Weg gefunden werden.

Für StR Rockenbauch ist seitens der Stadt zu klären, ob eine optimierte Ausnutzung städtischer Schulen, oder ob die Synergieeffekte der Landwirtschaftlichen Schule am Standort Hohenheim, Priorität haben. Da offenbar alle Fraktionen sich für den Standort Hohenheim aussprechen, müsse die Verwaltung, im Bewusstsein dass dadurch Kosten entstehen, entsprechend beauftragt werden (Überlegungen für einen Neubau).

Im Anschluss an die Äußerungen des Ausschusses ergibt sich für BMin Dr. Eisenmann die Frage, wie überhaupt die Diskussion über die Landwirtschaftliche Schule aufkommen konnte. Die Verwaltung habe schon vor rund 20 Jahren vom Gemeinderat den Auftrag erhalten, für diese Schule eine Lösung zu finden, um der Schule optimale Möglichkeiten bieten zu können. Vor diesem Hintergrund habe die Verwaltung auch einen Neubau geprüft.

Ihre Ausführungen würden sich nur auf den städtischen Teil der Schule beziehen; das Land habe sich, wie schon erwähnt, aus der Diskussion mit der Stadt verabschiedet. Dies ergebe sich auch aus einem Schreiben des Landes vom Ende des letzten Jahres. Mit Sicherheit sei der Oberbürgermeister darüber erfreut, wenn nun seitens des Finanzministeriums wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert wird. Schon Ende September habe sich das Land entsprechend geäußert, aber bis heute sei nichts eingegangen. Erst gestern habe sie darüber mit dem Oberbürgermeister gesprochen. Vielmehr gebe es beim Land Überlegungen, ob die Stuttgarter Schule nicht an einen anderen Standort verlagert werden soll; es gebe in Baden-Württemberg vier landwirtschaftliche Schulen.

Fakt sei, dem städtischen Teil der Landwirtschaftlichen Schule fehlten bis Ende 2014 15 Räume. In Hohenheim gebe es für diese Räume keinen Ersatz. Zu hinterfragen sei, welches Ergebnis ein Beschluss zum Erhalt des Hohenheimer Standorts haben

wird (z.B. Reduzierung der Schülerzahl). Ein solcher Beschluss wäre hinsichtlich des Umgangs mit der Schule/der Schülerschaft und der schulischen Qualität nicht fair. Ein Neubau seitens der Stadt sei, wenn die Finanzierungsfrage geklärt wäre, natürlich in Hohenheim möglich, mit der Konsequenz, dass ein glänzender Schulstandort wie die Hedwig-Dohm-Schule leer stehen würde. Beim städtischen Teil der Schule handle es sich im Übrigen um die einzige städtische Schule, welche auf fünf Standorte verteilt ist.

In den nächsten Wochen werde das Thema gymnasiale Außenstellen zu diskutieren sein. Dort werde die Aussage, dass 30-minütige Wegezeiten akzeptabel sind, gerne aufgegriffen. In 30 Minuten könne wohl auch der Weg Hedwig-Dohm-Schule - Hohenheim zurückgelegt werden. Zudem vertritt sie die Auffassung, dass die Aufspaltung einer Schule auf fünf Standorte nicht zu deren Stärkung beiträgt. Der Verwaltungsvorschlag einer Verlegung innerhalb Stuttgarts könne nicht mit einem Verlust an Synergien gleichgesetzt werden. Der Vorschlag der Verwaltung beinhalte die Nachnutzung der Hedwig-Dohm-Räume und dass die Landwirtschaftliche Schule schulorganisatorisch der Hoppenlau-Schule zugeschlagen wird. Dort gebe es im Übrigen ebenfalls sehr gute Synergien. Diese würden auch durch das Regierungspräsidium gesehen. So gebe es in der Hoppenlau-Schule ein berufliches Schulangebot, mit dem die gesamte Nahrungskette, alles, was mit der landwirtschaftlichen Erzeugung von Nahrungsmitteln im Zusammenhang steht, abgebildet wird. Diese neuen Synergien könnten erschlossen werden, ohne die Hohenheimer Synergien zu vernachlässigen. Dies bedeute, dass es eventuell einen schulorganisatorischen und inhaltlich pädagogischen Ansatz gibt, der auf etwas völlig Neues abzielt und der Schule eine andere Perspektive gibt.

Aufgrund ihrer Verantwortung, der Schule eine Perspektive zu geben, werde die Verwaltung bis spätestens zur Sommerpause eine Beschlussvorlage erarbeiten. Dort werde deutlich gemacht, welche inhaltlichen, pädagogischen und grundsätzlichen Entwicklungen die Landwirtschaftliche Schule aus Sicht der Verwaltung mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg haben kann. Es werde auch nochmals dargestellt, welche Prüfungen zu zusätzlichen Räumen in Hohenheim stattgefunden haben. Im Februar werde man im Schulbeirat einen bereits weit entwickelten Zwischenbericht zum Bereich Schulentwicklungsplanung berufliche Schulen vorlegen. Daraus könne dann ersehen werden, dass die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen aufgrund der regionalen Entwicklung massiv zurückgehen. Aus dieser nicht überraschenden Entwicklung, diese Ergebnisse gelten für die nächsten 10 bis 15 Jahre, resultiere die Stellungnahme des Regierungspräsidiums.

Zusammenfassend ergibt sich für StR Pätzold, dass der Gemeinderat die von der Verwaltung präferierte Lösung als die zweitbeste Lösung betrachtet. Von daher würden von der Verwaltung Bemühungen für einen Vorschlag zur Standortsicherung in Hohenheim erwartet. In punkto Außenstellen ergibt sich für ihn Handlungsbedarf im Bereich der Ganztageschulen.

Sein Sohn, Erstklässler, gehe jeden Mittag wenigstens 30 Minuten durch das ganze Heusteigviertel, um von seiner Grundschule zu seinem Hort zu gelangen.

Zum Ende der Aussprache merkt die Vorsitzende an, auf der Basis des von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussantrags könne der Gemeinderat vor der Sommerpause entscheiden, was er für richtig ansieht. Angesichts der seit vielen Jahren stattfindenden Prüfungen sollten die Hoffnungen auf mögliche neue Alternativen nicht zu groß sein.

Danach stellt BMin Dr. Eisenmann abschließend fest:

Der Verwaltungsausschuss hat von der GRDRs 1409/2013 Kenntnis genommen.

[zum Seitenanfang](#)